

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 IV, Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 IV, Fernsprecher: Amt Norden 1107 und 1108.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei halber Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 Mark, nach außerhalb (Zustellung unter Streifband) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung der Bezugsgebühr erforderlich.

Berliner Organ

Inserate kosten die nebengefaltene Millimeterzeile oder deren Raum 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ das feilgedruckte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Versammlungsankündigungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang I

Freitag, den 22. November 1918

Nummer 14

Die Einstellung der Kriegsarbeit.

Die Umstellung auf Friedensarbeit.

Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung gibt einen Erlaß heraus, der die Produktionskräfte, die so lange der Vernichtung gedient haben, endlich wieder in den Dienst der Gütererstellung stellt. Es heißt in dem Erlaß:

Die unproduktive Arbeit für Kriegsaufträge muß aufhören. Die Betriebe sind unverzüglich auf Friedensmaterial umzustellen. Zu diesem Zweck haben alle staatlichen Stellen, Gemeinden, öffentlichen Korporationen usw. ihre Friedensaufträge umgehend zu erteilen. Essenzielle Notstandsarbeiten werden in Auftrag gegeben werden. Mangels vorliegender Aufträge ist Friedensarbeit auf Vorrat herzustellen. Die Beschaffungsbehörden sind insbesondere Anträge auf Herstellung von Kriegsmaterial auslaufenden Verträgen nicht mehr zu erteilen. Die Industrie muß im Interesse möglichst baldiger Befriedigung friedenswirtschaftlicher Bedürfnisse auf den Anspruch, noch weiterhin herzustellen Kriegsmaterial auszuliefern, grundsätzlich verzichten. Alle Friedensaufträge sind den noch laufenden Kriegsaufträgen unbedingt vorzuziehen. Arbeitsentlassungen dürfen nur erfolgen, wenn an anderen Stellen für Arbeit gefordert ist. Arbeitslosigkeit ist unter allen Umständen zu vermeiden.

Nur wenn ausnahmsweise das Ziel — Friedensarbeit ohne Arbeitslosigkeit — nicht sofort erreicht wird, können Kriegsaufträge als Notarbeiten vorübergehend noch fortgesetzt werden. Bei der Bemessung des Entgelts ist als Grundloß festzustellen, daß eine Gewinnerzielung aus solchen Arbeiten infolge ihres Charakters als Notarbeiten nicht in Frage kommen kann.

Es folgen dann Bestimmungen über etwaige neue Preisfestsetzung für den Fall, daß ausnahmsweise Kriegsarbeit noch als Notarbeit zu verrichten wäre und es wird weiter ausdrücklich festgesetzt, daß ein Anspruch auf entgangenen Gewinn wegen nichtausgeführter Kriegsaufträge gegen die Auftraggeber den Lieferanten und Unterlieferern nicht zusteht.

Die schwierige Arbeit der Ueberleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft hat begonnen. Ihre schnelle Durchführung ist im Interesse der Gesamtheit dringend erforderlich.

Aus den monarchischen Speisekammern.

Nachdem aus dem Haushalt des Kaisers ein empörender und verschwenderischer Reichtum an Vorräten für die kaiserliche Hofhaltung zutage getreten war, haben sich jetzt auch die Speisekammern des ehemaligen Königs von Sachsen den erstaunten Blicken der Öffentlichkeit geöffnet. Und auch hier ein aufreizendes Bild der Verschwendung inmitten der allgemeinen Not und Qual des Volkes.

In einer Sitzung der Dresdener Stadtverordnetenversammlung vom 21. November verlangten die Sozialdemokraten Auskunft darüber, in welchem Umfang der König von Sachsen mit Lebensmitteln beliefert worden sei. Die Antwort lautete: Jede Woche erhielt die Hofküche 30 Pfund Butter und 80 Pfund Fleisch zum Privatgebrauch des Königs. In der Zeit vom 1. bis 28. September erhielt Majestät 50 Pfund Weiz, in 14 Wochen 250 Pfund Zucker und 1200 Eier in jeder Periode. Auch eine königliche Tante, die wegen ihrer Nuderei berüchtigte Prinzessin Mathilde, hat 25 Pfund Fleisch wöchentlich erhalten, ist aber zuletzt etwas gekürzt worden, weil sie sich ein Schweinchen schlachtete. Sie erhielt aber immer noch 7 1/2 Pfund Butter wöchentlich und 105 Pfund Zucker in jeder Periode.

Der Minister des Innern Graf Bötticher erkundete sich reichlicher Extralieferungen zu Repräsentationszwecken. Und ein Dresdener Hotel, in dem der Hof verkehrte, wurde mit 250 Pfund Weiz, 100 Pfund Fett, 150 Pfund Zucker, 2500 Eier und 100 Pfund Nahrungsmittel versorgt. Im Hofzug des besetzten Monarchen entdeckte man sieben Kannen Petroleum, 20 Zuderhüte, zwei Sack Kaffee, 750 Pfund Weiz, 378 Kerzen und 20 Schock Eier — alles zu Repräsentationszwecken, wie der Oberbürgermeister Blücher einschuldigen zu müssen glaubte.

Nun, inmitten solcher aufgespeicherter Lebensmittelvorräte kann man wohl vier Jahre und länger durchhalten. Bislang Un-

verschorenheit aber gehört dazu, das darübende Volk zum Durchhalten aufzurufen, diese gefüllte Speisekammer im Rücken! Müte man jene Fürsichtlichkeit, statt sie zu mästen, auf die allgemeine und durchschnittliche Lebensmittellieferung gesetzt, so hätte der Krieg vielleicht nicht einen Monat lang gedauert. Und hätte man sie am ersten Tage des Krieges in die Schützengräben geschickt, so würde das Volk niemals das Trauerspiel der eigenen Not und das Satirspiel der königlichen Wäckerlei erlebt haben.

Ein früheres Friedensangebot Wilsons.

Das Boltsche Bureau hatte die Nachricht verbreitet, daß nie ein Friedensangebot den deutschen Regierungen vorgelegt und deshalb nicht von ihnen abgelehnt werden konnte. Wir haben von dieser Nachricht keine Notiz genommen, da ihre Unrichtigkeit klar war. Wir wunderten uns nur darüber, daß das Bureau auch jetzt noch zu solchen tendenziösen Falschmeldungen mißbraucht werden kann. Nunmehr veröffentlicht Professor Jaffé, der Finanzminister der bayerischen Regierung, folgende beachtenswerte Erklärung im „Berl. Tagebl.“:

„Am keine Verküpfung der Tatsachen eintreten zu lassen, erkläre ich hierdurch, daß ich persönlich im Spätherbst 1917 ein von dem Genfer Botschaftermann des Präsidenten Wilson mir übergebenes Friedensangebot der Regierung der Vereinigten Staaten in die Hände des Staatssekretärs v. d. Busche weitergeleitet habe. Dieser hat sich damals mir gegenüber verpflichtet, es dem Staatssekretär v. Kuhlmann weiter zu geben. Einige Wochen später ist ein entsprechendes Friedensangebot der Vereinigten Staaten an Oesterreich-Ungarn in die Hände des Grafen Czernin übergeben worden. Auf beide Angebote ist trotz mehrfacher Anfragen der mit der Uebermittlung betrauten Personen weder von Deutschland, noch von Oesterreich-Ungarn eine Antwort erfolgt.“

Gezeichnet:

Professor Dr. Edgar Jaffé,
Finanzminister des Volksstaates Bayern.

Es ist nicht die einzige Gelegenheit zur Herbeiführung des Friedens gewesen, die von den früheren Nachhabern vereitelt worden ist. Es wird dringend notwendig sein, die wirklichen Vorgänge authentisch festzustellen, um das deutsche Volk darüber aufzuklären, in welsch gewissenloser und unverantwortlicher Weise sein Wohl den Machtinteressen der einst herrschenden Kreise geopfert worden war unter der Aneiferung, Billigung oder stillschweigenden Sinnenahme fast aller Bürgerlichen und leider auch eines großen Teils sozialistischer Kreise.

Ein überflüssiger Protest.

Unter dem Eindruck der Entwicklung in Berlin hat die heftige Staatsregierung heute folgenden Protest an die Reichsregierung gerichtet:

Die heftige Regierung erhebt bei der Reichsregierung scharfsten Protest gegen die Ausschaltung der Einzelstaaten und gegen die Nichtberücksichtigung dieser Staaten durch den Erlaß von Befehlen und Verordnungen. Die heftige Regierung verlangt unter allen Umständen schleunigste Einberufung der Nationalversammlung. Durch das Fortbestehen des geschlossenen (1) Zustandes wird der Reaktion in die Hände gearbeitet und andererseits die Gefahr vermehrt, daß die Entente sich in die innerdeutschen Verhältnisse einmischt und schließlich die Reichseinheit gefährdet wird. Wir wollen nicht an Stelle der glücklicherweise vernichteten preussischen Militäraristokratie eine einseitige preussische Diktatur eintauschen.

Der Protest ist völlig unbegründet, wie schon die Einberufung der Einzelstaaten-Konferenz durch die Regierung beweist. Im übrigen sollte die heftige Volksregierung lieber darum besorgt sein, daß die Diktatur des Proletariats in der Ueberangabezeit zur Stärkung der sozialistischen Republik ausgenützt werde und sich nicht Sprache und Taktik der Gegenrevolution aneignen.

Neue Demokratie — alter Liberalismus.

Die neue demokratische Partei, die sich leytbin noch mit der Bezeichnung „deutsch“ geschmückt hat, scheint einen recht großen Zulauf zu haben.

Aus zahlreichen mehr oder weniger prominenten Einzelpersonen — Akademikern und Großkaufleuten in der Hauptsache — sind ihr jetzt die gesamte fortschrittliche Volkspartei, der linke Flügel der Nationalliberalen und die an Mitgliederzahl freilich unbeträchtliche Demokratische Vereinigung beigetreten.

Sind wir recht unterrichtet, so beginnt es einzelnen der ursprünglichen Gründer der neuen Organisation ein wenig unbehaglich zu werden — und das mit Recht. Man wollte wirkliche, ehrliche und aufrichtige bürgerliche Demokraten sammeln, und was jetzt herankommt, ist eine Vereinigung der linksliberalen Elemente.

Uns Sozialisten geht das an sich nichts an. Wenn das liberale Bürgertum einen Zusammenschluß sucht, wenn der Fortschritt und der von dem Innerindustriellen Gift weniger durchtränkte Teil der Nationalliberalen in Zukunft eine Partei bilden wollen, so ist das ihre Sache. Sie ziehen damit nur aus der Entwicklung des letzten Jahrzehnts die natürliche Konsequenz, denn zwischen den Herren Rind und Schönauß-Carolath auf der einen und Kopsch, Wiemer und Raumann auf der anderen Seite gab es schon seit langem keinen erkennbaren Unterschied mehr.

Aber es ist doch unsere Aufgabe, die Dinge ins rechte Licht zu rücken und eindringlich davor zu warnen, in der neuen Demokratischen Partei etwas anderes zu sehen als eine Fortsetzung des alten Liberalismus.

Die Firma ist geändert, der Geist ist der alte geblieben. Die Herren stellen sich auf den Boden der Republik. Die einen mit einer sehr schnell erworbenen Ueberzeugung, die anderen, weil sie sich mit den Verhältnissen, wie sie nun einmal geworden sind, notgedrungen abfinden.

Indem sie sich Demokraten nennen, machen sie eine leichte Verbeugung vor der Revolution. Indem sie sich wohl hüten, der Revolution oder auch nur die Republik in ihren Namen aufzunehmen, halten sie sich den Weg offen, auf dem sie sich in aller Bequemlichkeit und Sicherheit wieder auf ihre frühere Position zurückziehen können.

Wenn wir recht unterrichtet sind, war bei den Vorgesprechungen der Bedanke vorherrschend, daß die zu schaffende Partei vor allen Dingen diejenigen fernhalten müsse, die sich in diesem Kriege als verdeckte oder offene Anexionisten kompromittiert hätten.

Dieser Grundsatz ist schnell aufgegeben, denn von den Nationalliberalen ganz zu schweigen, wird niemand behaupten können, daß die Fortschrittler eine auch nur einigermaßen einwandfreie Rolle gespielt hätten. Einzelne unter ihnen mögen sich rein erhalten haben, das Groß aber und die Führer unterschieden sich besonders in den ersten drei Kriegsjahren ganz und gar nicht von den Konservativen.

Raumann machte in Witleuroba, Müller-Meinigen war der beredte Anwalt des Nationalhoffes, Haus ging, von kritischen Bemerkungen über Einzelheiten abgesehen, mit der Kriegspartei durch die und dünn, und die es ab und zu wagten, wider den Strom zu schwimmen, sind an den Fingern einer Hand heranzuzählen.

Ja, freilich, sie haben die Friedensresolution vom 19. Juli 1917 mitgemacht. Das rechnen sie sich als Verdienst an.

Aber wenige waren unter ihnen, die sich nicht auch an den infamen Anlegungen dieses Reichstages beteiligt hätten, als es im Herbst 1917 und im Frühjahr 1918 so ausdab, als ob der große Sieg doch an Deutschlands Fahnen geheset sein werde. Wenn sie sich jetzt den Anchein zu geben suchen, als seien sie immer auf der richtigen Seite gewesen, so spezulierer sie nur auf die Gedankenlosigkeit der Masse.

In den ersten Sitzungen wurde beispielsweise Herr

9. Mann abgelehnt. Da er um alles in der Welt nicht an die Wand gedrückt sein wollte, ging er schleunigst hin und unterwarf sich mit so waschechten Demokraten wie Walter Rathenau und Hugo Stinnes den Kustur einer anderen Organisation, die sich natürlich auch als demokratisch bezeichnete.

Erfolg: Herr Raumann sitzt heute im provisorischen Vorstand der Demokratischen Partei, an dessen Spitze ein Mann steht, der einen guten Bekanntheitsnamen hat, der sich aber durch seine engen Beziehungen zu der nicht immer ganz lauberen Politik des Auswärtigen Amtes während des Krieges bloßgestellt hat.

Wehrlich verhält es sich mit anderem. Dieser Umschwung in der Bewertung bestimmter Persönlichkeiten ist charakteristisch für den Wechsel in der Stimmung, die sich seit dem 9. November vollzogen hat.

Im ersten Rausch und in der ersten Angst hielt es die Bourgeoisie für geboten, möglichst weit nach links zu drängen. Nachdem sie erkannt hat, daß ihr die Revolution zunächst nicht gar so gefährlich wurde, bejammerte sie sich wieder auf sich selbst und kehrte zu ihrer alten Uebellieferung zurück. Das Bürgertum hielt es nicht mehr für nötig, sich in den roten Domino zu hüllen.

Obwohl der Grund dieser Demaskierung von unserem Standpunkt sehr unerfreulich ist, so begrüßen wir die Rückwandlung mit Genugtuung weil sie Klarheit schafft.

Die Gefahr einer Irreführung der Sozialisten ist beseitigt. Sie erkennen klar, daß am 9. November die alten Grenzlinien zwischen uns und unseren Gegnern nicht beseitigt worden sind, und daß wir, von der Monarchie abgesehen, nach wie vor mit den früheren Gewalten zu rechnen haben.

Die neue Demokratie ist der alte Liberalismus, der auch, wenn er sich unter dem Druck der Verhältnisse zu einigen sozialen Reformen entschließt, in seinem Wesen die politische Vertretung kapitalistischer Interessen darstellt.

Diese demokratische Partei ist für die Sozialdemokratie genau so wenig und genau so viel bündnisfähig, wie es vordem der Freisinn und der Rationalliberalismus war.

Bedenken mag man nur das Häuflein ernsthafter Demokraten die in diese Gesellschaft hineingeraten sind. Erkennen sie nicht bald, wohin die Reise geht, so werden sie schnell untergebuttert sein, und wenn sie sich dann entschließen, Gut und Stock zu nehmen, so werden sie heillos kompromittiert sein.

Vielleicht bilden sie sich ein, die neue Partei nach links reißen zu können. Sie werden bittere Enttäuschungen erleben und ebenso klägliche Schiffbruch erleiden, wie alle die, die in der Vergangenheit den deutschen Liberalismus zu radikalisierten unternahmen.

Ist es ihnen ernst um ihre Ueberzeugung und wollen sie nicht, daß die Revolution von 1918 dort endet, wo die von 1848 begonnen hat, dann bleibt ihnen keine andere Möglichkeit, als mit beiden Füßen auf den Boden des Sozialismus zu treten.

Heute gibt es keine andere Demokratie als die sozialistische.

Ein neuer Protest der Waffenstillstandskommission.

Der Vorsitzende der ständigen Waffenstillstandskommission in Spaa, General von Winterfeldt, hat gestern auf eine Reihe deutschseits vorgeschlagener Erleichterungen von Seiten des Parichalls noch folgende Antwort erhalten:

„Den im Briefe des Generalmajors von Winterfeldt vom 18. November enthaltenen Forderungen bezüglich der militärischen Bedingungen (des Waffenstillstandes) kann keine Folge gegeben werden.“

Daraufhin hat General von Winterfeldt im Einverständnis mit dem Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger, heute folgenden Protest abgegeben:

„Die Erleichterung der Waffenstillstandsbedingungen, die von der deutschen Waffenstillstandskommission in ihrer Rote vom 18. November unter eingehender Begründung angesetzt worden war, ist vom Parichall noch rundweg abgelehnt worden. Es bleiben daher Bedingungen in Kraft, wie sie in der Geschichte wohl noch nicht auferlegt worden sind. Ein modernes Heer von über

drei Millionen Mann, mit einem komplizierten technischen Apparat soll in Gewaltmärschen in ungenügender Jahreszeit auf vielfach schlechten und gebirgigen Wegen über die Dämme des Rheins in voller Ordnung zurückgeführt werden. Die Zivilbevölkerung der Gebiete, die von diesen Heereszügen durchzogen werden, soll dabei vor jeder Belästigung bewahrt bleiben. Gleichzeitig werden dem Heere gewaltige Transportmittel abgenommen und ein ungeheures Kriegsmaterial und viele Tausende von Gefangenen der verschiedenen Nationalitäten sollen ordnungsgemäß und in tadellosem Zustande übergeben werden. Es darf an das unparteiische Urteil jedes erfahrenen Offiziers der Truppe oder des Generalstabes appelliert werden, um zu entscheiden, ob eine derartige Leistung überhaupt im Bereich der Möglichkeit liegt. Die Kriegsgeschichte wird in dieser Beziehung später ein sehr deutliches Urteil sprechen.

Nachdem somit eine Willkür der praktisch völlig unaufrichtbaren Bedingungen abgelehnt worden ist, trotzdem die militärischen und politischen Verhältnisse, die zur Aufstellung solcher Bedingungen geführt haben, sich seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes von Grund aus verändert haben, kann nur angenommen werden, daß es die Absicht des Oberkommandos der Alliierten ist, noch während des Waffenstillstandes ein Heer völlig aufzulösen und zu vernichten, das während 60 Monaten gegen übermächtige Gegner ruhmvoll handgehalten hat, und dessen Front bei Einstellung der Feindseligkeiten nicht durchbrochen war. Tausende von tapferen Männern, die in Erfüllung ihrer Pflicht für ihr Vaterland gekämpft haben, werden infolge der aufzwingenden Gewaltmärsche als Opfer der Erschöpfung am Wege liegen bleiben oder kurz nach der Erreichung der Heimat in Gefangenschaft geraten. Es darf wohl die Frage aufgeworfen werden, ob ein derartiges Ergebnis dem Sinn eines Waffenstillstandes entspricht, der doch den Zweck haben sollte, die Einstellung der Feindseligkeiten herbeizuführen und einen Frieden der Versöhnung und der Gerechtigkeit anzubahnen, oder ob nicht vielmehr eine solche Erzwungung unmöglicher Bedingungen eine nutzlose Fortsetzung der Feindseligkeiten in besonders unerbittlicher und unmenschlicher Form darstellt.

Daß durch die schonungslose Ausführung der harten Waffenstillstandsbedingungen das deutsche Volk mit seinen Frauen und Kindern von Anarchie und Hungerstolz bedroht werden wird, ist zu wiederholten Malen mit größtem Nachdruck hervorgehoben worden. Diese den Geboten der Menschlichkeit entsprechenden Vorstellungen scheinen keinerlei Beachtung gefunden zu haben. Unter solchen Umständen bleibt dem Vorsitzenden der Deutschen Waffenstillstandskommission nur übrig, noch einmal ausdrücklich zu erklären, daß Deutschland auch weiterhin alles tun wird, was in den Kräften steht, um das Waffenstillstandsabkommen gewissenhaft zu erfüllen, daß aber für eine geordnete und pünktliche Durchführung der erzwungenen Bedingungen keine Gewähr übernommen werden kann, und daß die Verantwortung für alle weiteren Folgen, die schließlich ihre Rückwirkung auf das ganze westliche Europa haben werden, feierlich und vor aller Welt abgelehnt wird.“

Deutsche Waffenstillstandskommission.
Staatssekretär Erzberger,
Vorsitzender.

Wir geben diesen sicher sehr berechtigten Protest wieder, weil er die surdable Lage, in die die früheren Machthaber des deutschen Volk gebracht haben, ergreifend charakterisiert. Wir möchten aber hoffen, daß dies der letzte dieser Art sei. Das ewige Bitten und Jammern vor der ganzen Welt, so berechtigt der Nummer ist, macht einen wenig würdigen und männlichen Eindruck und ist zudem zwecklos. Der Militarismus drüben handelt, wie der hüben gehandelt hätte. Wir ruhen nicht von solchen Appellen an die falsche Adresse. Es wird Sache unserer sozialistischen Brüder sein, so viel an ihnen liegt, zu tun, um der deutschen Revolution zu helfen. Unsere Sache ist es, zu organisieren und zu arbeiten mit zusammenwachsenden Kräften, bis die Schwierigkeiten überwunden sind und wir auf dem Trümmerfeld, das die deutsche Bourgeoisie dem Proletariat als Erbe hinterlassen, unsere neue Welt aufbauen können.

Die Erwerbslosenfürsorge.

Am den Schwierigkeiten bei der Neugestaltung der Arbeitsverhältnisse, wie sie bei der Demobilisierung zu erwarten sind, und daraus sich ergebenden Nöten zu begegnen, ist — neben anderen Maßnahmen — zur Ergänzung der bisher freiwillig getroffenen Einrichtungen vom Reichsarbeitsamt

der Entwurf einer Verordnung über Erwerbslosenfürsorge ausgearbeitet worden, der durch das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung in Kraft gesetzt wird. Diese Fürsorge ist nicht (wie bisher) in der Presse angenommen wurde) eine obligatorische Arbeitslosenversicherung, sondern eine Maßnahme ohne Versicherungscharakter. Sie verfolgt den Zweck, für die Dauer eines Jahres gründe und billige Grundätze für eine Unterstützung, die nicht den Charakter der Armenunterstützung tragen darf, zu schaffen.

Träger der Fürsorge sollen in der Regel die Gemeinden, denen eine Pflicht zur Einrichtung der Fürsorge auferlegt wird, sein; sie haben selbst zwei Zwölftel der Kosten zu tragen, sechs Zwölftel werden ihnen aus bereitgestellten Reichsmitteln, vier Zwölftel vom zuständigen Bundesstaat erstattet. Bei mangelnder Leistungsfähigkeit ist eine Erhöhung der Reichsbeträge vorgesehen. Im allgemeinen ist, um dem praktischen Bedürfnisse gerecht zu werden und möglichst durchsichtige Rechtsverhältnisse zu schaffen, der tatsächliche Wohnort für die Gewährung der Unterstützung zuständig, gleichzeitig wird darauf hingewirkt, daß Personen, die während des Krieges zur Aufnahme der Arbeit ihren Wohnort gewechselt haben, in ihren früheren Wohnort zurückkehren, wofür ihnen freie Fahrt zuzubilligen ist. Kriegsteilnehmer sind an dem Orte, wo sie vor ihrer Einziehung gewohnt haben, zu unterstützen, doch ist ihnen an ihrem Aufenthaltsort eine vorläufige vorübergehende Unterstützung zu gewähren. Sie haben ferner Anspruch auf sofortige Unterstützung, während gegenüber anderen Unterstützungsberechtigten eine Warteliste von höchstens einer Woche festgesetzt werden kann.

Unterstützt werden arbeitsfähige und arbeitswillige Personen im Alter von über 14 Jahren, in infolge des Krieges in bedürftiger Lage befindende, weibliche Personen nur dann, wenn sie auf Erwerbstätigkeit angewiesen sind. Solche Erwerbslosen müssen jede ihnen nachgewiesene geeignete Arbeit auch außerhalb des Berufs- und Wohnorts annehmen, wenn ihnen dafür angemessener ortsüblicher Lohn geboten wird und keine gesundheitlichen und sittlichen Bedenken bestehen. Bei vorübergehender Einstellung oder Einschränkung der Arbeitsverhältnisse hat die Fürsorge für den Lohnausfall im gewissen Umfang auszukommen. Bei Prüfung der Frage, ob eine Unterstützung geboten ist, soll nicht feierlich verfahren, z. B. kleiner Besitz von Sparguthaben nicht in Betracht gezogen werden.

Die Arbeitnehmerorganisationen werden unter bestimmten Voraussetzungen mit der Ausgestaltung der Unterstützung und der Kontrolle der Erwerbslosen beauftragt. Soweit für Erwerbslose bereits günstiger Erwerbsloseneinrichtungen bestehen, was z. B. für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie zutrifft, bleiben diese Einrichtungen aufrechterhalten. Fürsorgeeinrichtungen, zu denen Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in gleicher Zahl hinzugezogen werden müssen, sind bei der Durchführung der Erwerbslosenfürsorge zu beteiligen und entscheiden über Streitigkeiten.

Die neue Fürsorgeeinrichtung stellt eine umfassende sozialpolitische Maßnahme dar, die um so mehr, als sie auch Raum für Bildungsveranstaltungen aller Art schafft, von deren Besuch die Unterstützung abhängig (?) gemacht werden kann. Diese Maßnahmen werden auch unter ungünstigen Verhältnissen mit dazu beitragen, eine hemmungsfreie Abwicklung der Übergangswirtschaft und die Ueberleitung in geordnete Friedensverhältnisse zu gewährleisten.

Der Rückmarsch unseres Heeres.

Kranfurt a. M., 21. November. Hier sind am 20. November 58 212, am 21. November 47 422 Militärpersonen mit der Eisenbahn weiterbefördert worden. Es handelt sich vorläufig noch um einzelne durchreisende Truppen, geschlossene Formationen sind hier noch nicht durchgekommen. In den letzten zwei Tagen wurden 27 500 Personen verpflegt. Der Verkehr hat sich durchaus geregelt abgewickelt.

Essen, 21. November. Die ersten feindlichen Vortruppen, etwa 200 Mann französischer Infanterie, sind heute vormittag hier eingetroffen.

Geordneter Rückzug durch Ungarn.

Der Rückzug der deutschen Truppen durch Ungarn erfolgt nach Mitteilung des ungarischen Kriegsministeriums in größter Ordnung, wird aber wegen des Kohlenmangels noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Nur die Tschechen stellen den Deutschen Schwierigkeiten in den Weg.

„Kinder, Kinder! See, nicht ihr, das Nordwaffentechnik wird denn doch wohl zu viel für unsern Geldbeutel! Seht ihr, sehr kostet uns jeder totegemachte Rudowitsch schon runde hundert Rubel. Nein, wir müssen die Sache doch anders machen.“

Sie hielten Rat, und dann zog die ganze Gesellschaft hinaus an den Fluß. Am andern Ufer saß schon der Feind, die ganze Herde.

Natürlich herrscht erst Verlegenheit sie gucken sich an und schämen sich ein bisschen. Ein Weibchen drücken sie sich so herum, dann rufen sie hinüber:

„Was wollt ihr denn?“

„Wir? — Gar nichts! Und ihr?“

„Wir auch nicht.“

„Wir sind nur so gekommen, den Fluß ansehn.“

„Wir auch.“

Sie stehen da, tragen sich die einen schämen sich, die andere leuzen vor sich hin.

Dann rufen sie wieder:

„Habt ihr Diplomaten?“

„Ja wohl! Und ihr?“

„Wir auch.“

„Habt ihr auch?“

„Na — was meint ihr?“

„Na schließlich, und ist es recht!“

„Und wir? — Ja, wir auch.“

Sie hatten sich verstanden, erstuften ihre Diplomaten im Fluß, und dann fing sie an, ganz verständig zu reden:

„Bist ihr, weshalb wir hergekommen sind?“

„Das können wir uns denken!“

„Also, weshalb?“

„Ihr wollt euch mit uns vertragen.“

Die Rudowitsche wunderten sich.

„Wie habt ihr das nur so raten können?“

Da grinsen die Rudowitsche und sagen:

„Ja, wir sind ja selbst deshalb da! Solch Krieg ist doch schrecklich teuer.“

„Ja, das ist wirklich wahr!“

„Bist ihr, ihr seid zwar Gauner, aber na, wir wollen doch Frieden halten, ja?“

„Eigentlich seid ihr ja auch Spitzbuben, aber es soll uns schon recht sein!“

„Also wollen wir fortan in Freundschaft leben, — weiß der Himmel, es wird billiger sein!“

Magim Gorki: Diplomaten.

Aus seinem neuesten Zyklus:
Russische Märchen.

Auf einer Ecke der Erde wohnten die Rusmische, auf der andern die Lufische, und dazwischen floß ein Strom.

Die Erde ist ja leider nur eng, und die Menschen sind habgierig und neidisch: um jeden Quark gibt es gleich Schlägerei unter den Leuten. Es muß nur jemand etwas nicht in den Kram passen, sofort wird Hurra gebrüllt und der andere bekommt eins auf's Maul!

Dann geht die Prügelei los, sie besiegen sich gegenseitig, und schließlich soll Gewinn und Verlust ausgerechnet werden. Sie rechnen und rechnen, aber, so wunderbar es auch ist, — denn sie glauben doch, sie haben sich auf geschlagen, immer fehlt druff, — es stellt sich heraus, sie haben nur Schaden von der Sache.

Die Rusmische grübeln nach:
„Solch Verli, solch Lustlich, ist höchstens seine sieben Kopelen wert; aber ihn soll machen kostet und einen Rubel sechzig. Was heißt das?“

Auch die Lufische überlegen:
„Ein lebendiger Rusmisch ist doch auch noch genauere Karte nicht einen Groschen wert, und jetzt macht es neunzig Kopelen ihn umzubringen!“

„Was soll denn das heißen?“

Und aus lauter Angst voreinander beschließen sie:

„Wir müssen viel besser rufen, dann geht der Krieg schneller und das Totschlagen wird billiger.“

Aber die ehrbare Kaufmannschaft bei ihnen baut sich die Taschen voll und spricht:

„Söhne des Landes! Auf, schämt das Vaterland! Das Vaterland darf hohe Opfer verlangen!“

Sie rütelten ungeduldig, wählten den passenden Augenblick, und dann ging's los — sie gegenseitig auszurechnen!

Sie kämpften, kämpften, besiegten sich gegenseitig, räuberten, — endlich soll wieder Gewinn und Verlust ausgerechnet werden: aber es ist wirklich zum Tollwerden!

„Ja, da muß doch aber.“ — sagen die Rusmische. —

„Söhne des Landes! Auf, schämt das Vaterland! Das Vaterland darf hohe Opfer verlangen!“

Sie rütelten ungeduldig, wählten den passenden Augenblick, und dann ging's los — sie gegenseitig auszurechnen!

Sie kämpften, kämpften, besiegten sich gegenseitig, räuberten, — endlich soll wieder Gewinn und Verlust ausgerechnet werden: aber es ist wirklich zum Tollwerden!

„Ja, da muß doch aber.“ — sagen die Rusmische. —

„Söhne des Landes! Auf, schämt das Vaterland! Das Vaterland darf hohe Opfer verlangen!“

Sie rütelten ungeduldig, wählten den passenden Augenblick, und dann ging's los — sie gegenseitig auszurechnen!

Sie kämpften, kämpften, besiegten sich gegenseitig, räuberten, — endlich soll wieder Gewinn und Verlust ausgerechnet werden: aber es ist wirklich zum Tollwerden!

„Ja, da muß doch aber.“ — sagen die Rusmische. —

Einzig autorisierte Uebersetzung. Nachdruckrecht nur durch den Verlag: Rabulaminoff, Berlin.

„Bei uns etwas nicht in Ordnung sein! Weulich konnten wir noch einen Lustlich für einen Rubel sechzig bekommen, und jetzt kommt uns jeder Umgebrachte auf sechzig Rubel das Stück!“

Trübsel's äßen sie da! Aber den Lustlichen ist auch nicht lächerlich zu Ruhe.

„Hauke Sackel! Soviel Geld kostet der Krieg! Die ganze Geschichte kann einem zum Halse herauswachsen.“

Sie haben aber diese Schüssel, und beschließen:

„Bist ihr, wir müssen eben vor allem die Nordwaffentechnik weiter vervollkommen!“

Aber die ehrbare Kaufmannschaft bei ihnen baut sich die Taschen voll und brüllt:

„Söhne des Landes! Das Vaterland ist in Gefahr!“

Und in aller Stille treiben sie die Preise für Schußzeug immer höher und höher!

Als die Lufische und die Rusmische vervollkommneten die Nordwaffentechnik, besiegten sich gegenseitig, räuberten, und machten sich dann daran, Gewinn und Verlust auszurechnen: es ist wieder rein zum Heulen!

Ein lebendiger Mensch hat doch überhaupt keinen Wert, und dabei wird es immer teurer einen tot zu machen!

In tieferen Tagen jammern sie sich gegenseitig vor:

„Die Sache wird noch unser Ruin!“ sagen die Lufische.

„Auf den Hund kommen wir dabei!“ stimmen die Rusmische zu.

Aber als dann mal irgendwo eine Ente im Wasser falsch untergetaucht war, ging die Prügelei doch wieder los.

Aber die ehrbare Kaufmannschaft bei ihnen baut sich die Taschen voll und jammert:

„Es ist ein wahres Elend mit dem bliden Geld! Man kann noch so viel zusammenscharren, und hat doch nie genug!“

Sieben Jahre lang führten die Rusmische mit den Lufischen Krieg, schlugen aufeinander los, wie die Wilden, zerdrückten sich die Städte, brannten alles nieder, — sogar fünfjährige Kinder mußten schon Maschinengewehre bedienen. Schließlich kam es so weit, daß manne nur noch ihr Schußzeug hatten, andern blieb überhaupt nichts, — nur die Halsbinden. Splitternadl liefen die Heidenwölfer herum.

Sie besiegten sich gegenseitig, räuberten, — dann ging es daran, Gewinn und Verlust auszurechnen: alle beide waren sie da wie der dem Kopf geschlagen!

Sie plinkten mit den Augen und drummen:

Sie haben zwischen Vagabunden und Wölfen die Bahnlinie aufgerissen. Der Kern der deutschen Truppen befindet sich noch in Südungarn.

Vormarsch der Italiener in Kroatien.

21. November. „Slowenki Karob“ veröffentlicht ein Telegramm aus Fiume, wonach die Italiener den kategorischen Befehlen der Entente, Fiume zu räumen, nicht Folge leisten, vielmehr die Besetzung auf die Umgebung von Fiume ausdehnen und in nördlicher Richtung gegen Karisstadt marschieren. In Dalmatien rücken die Italiener auf Knin vor.

Häßliche Vorgänge in Galizien.

Wien, 20. November. Der Jüdische Ratsrat in Wien erhielt Berichte über die Vorgänge in Przemyśl, worin die Raubtaten und Plünderungen an Juden geschreckt werden, die unter den Augen der polnischen Militärposten geschahen, ohne daß diese eingriffen. Es gebe kein jüdisches Haus, wo uniformierte Mäuler nicht die meisten Besitztümer konfisziert hätten. Zwanzig Juden seien umgebracht, 80 verwundet worden. Am 12. November früh wurden alle auf der Straße angetroffenen Juden sowie die Angehörigen der jüdischen Miliz verhaftet. Die Miliz wurde aufgelöst, während die polnischen Behörden dem organisierten Raub keinen Widerstand entgegensetzten.

Amnestie der französischen Syndikalist.

Der Exekutivrat des Allgemeinen Arbeitsbundes hat bei Clemenceau durch eine Abordnung die Freilassung der wegen ihrer politischen Betätigung verhafteten Syndikalist beantragt. Der Arbeitsbund befürchtet, daß trotz der Zusage der französischen Regierung eine Anzahl der Verhafteten nicht freigelassen werde. Clemenceau hat daraufhin die sofortige Freilassung der in Frage kommenden Personen angeordnet.

Politische Nachrichten.

Der Achtundzwanzig in Luxemburg. Die luxemburgische Regierung führt am 1. Dezember in großindustriellen Betrieben den Achtundzwanzig ein, was besonders für die Schwerindustrie von großer Bedeutung ist.

Keine Mobilisierung der Tschechoslowaken. Wie der tschechische Landesverteidigungsminister Alosar erklärt, deutet die Regierung an keine Mobilisierung. Damit dürfte der slowakische Bewegung erledigt und die Entscheidung über die nordwestungarischen Komitate der Friedenskonferenz anheimgestellt sein.

Handdruck ist laut Meldung an das Staatsamt für das Ozeanwesen von italienischen Truppen befehligt worden. Das Staatsamt für Meereswesen hat gegen diese Bezeichnung Vorstellungen erhoben.

Gewerkschaftliches.

Beschlüsse des Buchdruckerats.

Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker hat mit Zustimmung des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker beschlossene zur Regelung aller derjenigen Angelegenheiten an dem Arbeitsverhältnis, die mit der Übergangszeit in Zusammenhang stehen, einen besonderen Buchdrucker-Tarif zu bilden und diesem die Beratung der Angelegenheiten sowohl als die hieraus sich ergebenden Beschlüsse und deren Durchführung zu übertragen.

Dieser Buchdrucker-Tarif wird gebildet aus 5 Prinzipalen, 5 Gehilfen, 1 Hilfsarbeiter und aus den Mitgliedern des Tarifamtes. Die vom Buchdrucker-Tarif gefassten Beschlüsse haben für sämtliche Verbandsmitglieder verbindliche Kraft und sind deshalb auch von allen Verbandsangehörigen zu befolgen.

Für den Übergang zur Friedenswirtschaft wurden vom Buchdrucker-Tarif die nachstehenden Beschlüsse gefaßt, die vom Tarifamt sofort in Kraft zu setzen sind:

1. Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit beträgt für sämtliche Gehilfen und Hilfsarbeiter ausschließlich der Pausen 8 Stunden.

„Gut, abgemacht!“
Da wurden sie alle vergnügt. Sie tanzten und sprangen wie die Verrückten, küßten Feuer an, machten sich gegenseitig die Hüften abspenstig, reckten sich die Pferde, fielen sich in die Arme und gröhnten:

„Ach Brüderherzen, es ist doch schön so, nicht? Eigentlich seid ihr ja, sozusagen, ihr Vande...“
Und die Ausmische antworteten:

„Ihr lieben Deutschen, wir sind alle ein Herz und eine Seele. Ihr Kerle seid ja natürlich eigentlich... na, ihr wißt schon, was... na, es ist schon gut!“

Seit der Zeit leben die Ausmische und die Lutsische ruhig und friedlich. Das Kriegshandwerk haben sie ganz an den Nagel gehängt und sie betäuben sich gegenseitig mit Lachern, qui bürgertlich.

Ja, und die ehrbare Kaufmannschaft, nun, die lebet, wie immer, nach dem Worte Gottes.

Im Flugzeug zum Nordpol.

Der Polarforscher, Kapitän Barlett, der jetzt Offizier in der amerikanischen Flotte ist, plant einen Flug von Esbo in Grönland zum Nordpol. Der Flug soll im Juli 1919 stattfinden. Barlett hofft, vom Pol aus nach Kap Eschschuskin zu gelangen.

Panzerschiffe als Passagierdampfer.

In liberalen schwedischen Blättern wird vorgeschlagen, mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage die beiden schwedischen Panzerschiffe „Gustaf V.“ und „Drottning V. Maria“, die noch unfertig auf den Werften liegen, zu Schnelldampfern umzubauen, die eine regelmäßige Verbindung zwischen Schweden und England herstellen könnten.

Nachdenkliches.

Ein Kind, das einem anderen Kind mit Lächeln begegnet, gibt seiner wohlwollenden Freude Ausdruck, ebenso auch jeder unverbundene Mensch. Der Mensch eines Volkes aber hat den Menschen, der zu einem anderen Volkstum gehört, selbst dann, wenn er ihn nicht liebt, und ist bereit, ihm Leiden und Tod zu verursachen. Was für große Missetäter sind diejenigen, die diese Gefühle und Handlungen der Menschen erwecken. Tolstoi.

Jeder, der eine Uniform und Aufschläge an den Ärmeln trägt und dabei mit einer gewissen Gewalt befehle ist — wird unbedingt zum Despoten. Ueborn Gohler.

Bezüglich der Pausen gilt nach wie vor die Vorschrift des § 3 Biffer 6 des Deutschen Buchdrucker-Tarifs.

2. Mögliche Einführung von Schichtwechsel.

3. Einstellung regelmäßiger Überarbeit; Vermeidung von Überstunden, solange Arbeitslose vorhanden sind. Im Streitfalle entscheiden die Schiedsinstanzen.

Schwierige Druckarbeiten nach § 1 Biffer 7 des Tarifs und Arbeiten, deren Herstellung im öffentlichen Interesse liegt und ohne Leistung von Überstunden nicht möglich ist, fallen nicht unter diese Bestimmung, doch hat das Tarifamt solche Ausnahmefälle zu prüfen und besonders zu genehmigen.

4. Zurückziehen der Lehrlinge aus der Nacharbeit. Aufhebung der vom Tarifamt während der Kriegszeit zugelassenen Ausnahmen über Arbeitsverhältnisse und Beschäftigung der Lehrlinge an den Schmalmaschinen entgegen der Vorschrift des § 46 Biffer 2 des Tarifs.

5. Die bisher gewährte Entlohnung bleibt auch bei der kürzeren Arbeitszeit bestehen. Berechnende Handwerker erhalten bei täglich achtstündiger Arbeitszeit einen Aufschlag von 10 Prozent auf den Tageslohn (§ 18 des Tarifs), berechnende Maschinenarbeiter auf den Hundstundentag (§ 57 des Tarifs).

6. Während der Kriegszeit einseitige Entlassungen sind nach beendeter zweiseitiger Tätigkeit im Verufe und bei ausschließlicher Beschäftigung mit Gehilfenarbeit wie Gehilfen zu entlohnen. Werden neben Gehilfenarbeit in nennenswertem Umfang auch andere Arbeitsleistungen, wie z. B. solche der Hilfsarbeiter, von diesen Entlassungen ausgeführt, dann wird der Wochenlohn durch den Buchdrucker-Tarif festgelegt.

Buchdruckerarbeiten, die solche Entlassungen betreffen, sind auch während der Dauer des mit diesen Entlassungen abgeschlossenen einjährigen Dienstvertrages verpflichtet, stellunglose Gehilfen einzustellen. Es gilt als streng zu beachtender Grundsatz, daß gelernte Gehilfen wegen Beschäftigung eingestellter Entlassener nicht arbeitslos bleiben dürfen, und daß auf Anweisung des Tarifamtes die Kündigung und Entlassung von Entlassenen zu erfolgen hat.

7. Die vom Tarifamt zugelassenen Ausnahmen über Mehrmaschinenbedienung, über Arbeitsleistungen ungelerner in Stereotypen, an Schmalmaschinen und Druckmaschinen treten außer Kraft, sobald gelernte Arbeitskräfte zwecks Einführung tariflich geordneter Arbeitsverhältnisse sich zur Verfügung stellen bzw. von den Arbeitsnachweisern oder vom Tarifamt den betreffenden Firmen zur Verfügung gestellt werden.

8. Von den militärisch verwendeten Gehilfen sind in jeder Druckerlei in erster Linie die früher beschäftigten Gehilfen einzustellen. Sollte dies nicht überall in vollem Umfang durchführbar sein, so daß aus dem Heere Entlassene nicht baldigst Unterkommen finden können, und sollten ferner für deren Unterbringung die unter Punkt 1-7 aufgestellten Richtlinien hierfür nicht ausreichen, so ist auf Anweisung des Arbeitsnachweisers bzw. des Tarifamtes jede Buchdruckerlei, die am 10. November d. J. mindestens 8-12 Gehilfen beschäftigt hat, verpflichtet, einen weiteren Gehilfen einzustellen. Nach diesem Termin freiwillig Eingestellte werden vorläufig angerechnet. Eine Buchdruckerlei mit mehr als 18-16 Gehilfen ist verpflichtet, weitere 2 Gehilfen und nach weiteren je 8 Gehilfen einen Arbeitslosen mehr einzustellen. Für eine gerechte und rechtliche Verteilung dieser Arbeitslosen auf die einzelnen Firmen haben die am Sitze eines jeden Arbeitsnachweisers nach § 22 Biffer 5 des Tarifs eingeschriebenen Ausschickpersonellen Sorge zu sein. So solche Ausschickpersonellen zur Zeit nicht vorhanden sind, müssen dieselben durch die tarifierten Prinzipale und Gehilfen am Orte sofort ernannt und dem Verwalter des Arbeitsnachweisers und dem Tarifamt namhaft gemacht werden.

9. Die Vermittlung von Kriegsbeschädigten, soweit dieselben noch im Verufe tätig sein können, erfolgt von jetzt ab ebenfalls durch unsere Arbeitsnachweise. Sind Kriegsbeschädigte am Orte der Anmeldung oder im Besitze des zutreffenden Arbeitsnachweisers nicht unterzubringen, dann ist dem Tarifamt hiervon Kenntnis zu geben, und zwar unter gleichzeitiger Befangung aller Ansätze, die für die Unterbringung der Kriegsbeschädigten möglich sind.

10. Vom Heere Entlassene, die vor Einziehung zum Heeresdienst ihre Lehrgänge nicht beendigen konnten, sind zum Nachholen der fehlenden Lehrzeit nicht verpflichtet. In den Gehilfenhand treten dieselben aber erst nach bestandener Gehilfenprüfung. Der Lehrkursus, der die Wiedereinstellung auf Antrag des betreffenden jungen Mannes vorzunehmen hat, ist verpflichtet, für entsprechende Ausbildung und Vorbereitung derselben zur Gehilfenprüfung Sorge zu tragen. Die bis zur Besprechung zu zahlende Entschädigung setzt das Tarifamt fest, falls zwischen Prinzipal und Auszubildenden eine Einigung darüber nicht stattfinden sollte.

11. Für alle sonstigen in den Punkten 1-10 nicht besonders behandelten Angelegenheiten aus dem Arbeitsverhältnis gelten die Vorschriften des Deutschen Buchdrucker-Tarifs.

12. Alle vorstehenden Beschlüsse treten sofort in Kraft.

Paritätischer Arbeitsnachweis für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Die Verhandlungskommission, zusammengesetzt aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern der Metallindustrie hat für die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises für die Metallindustrie Groß-Berlins Sühnungen ausgearbeitet, die vorbehaltlich der Zustimmung der beiderseitigen Mitgliedschaften möglichst am 15. Dezember 1918 in Kraft treten sollen. Aus den Einzelbestimmungen entnehmen wir u. a.:

Der Arbeitsnachweis soll nur noch der möglichst umfassenden und sachgemäßen Arbeitsvermittlung dienen; der Charakter eines Anwerbestellen soll ihm gänzlich genommen werden. Eine Befragung der Arbeitssuchenden nach der Zugehörigkeit zu einer Organisation darf nicht stattfinden.

Die Verbände gründen für das Metall- und Maschinenbauhandwerk im Bezirk Groß-Berlin einen gemeinsamen Arbeitsnachweis.

Dieser erhält den Namen „Arbeitsnachweis für die Metallindustrie Groß-Berlins“.

Die bisher bestehenden Arbeitsnachweise des Verbandes Berliner Metallindustrieller und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bleiben erhalten. Sie führen den Namen „Arbeitsnachweis für die Metallindustrie Groß-Berlins, Abteilung I bzw. II“. Die Gründung von Zweigstellen ist vorgesehnen.

In der Abteilung I, Linienstr. 88-85, werden folgende Berufe vermittelt:

- Bauanschläger, Klempner, Rohrleger, Gelfer, Elektromonteur, Schmelzer, Autogen-Schweißer, Werkzeugmacher, Schraubendreher, Mechaniker, Dürtler, Formner, Kernmacher, Viehreiher, Schlichter, Goldarbeiter, Kräher, Brenner, Dreher, Zirkelrührer, Gravierer, Gold- und Silberarbeiter, Drahtarbeiter, Zellenbauer, Ankerwinder, Emailleler.

In der Abteilung II, Wusterhausener Straße 16, werden folgende Berufe vermittelt:

- Schlosser aller Art, Maschinenarbeiter aller Art, Hilfsarbeiter aller Art, Arbeiterinnen, Nichtmetallarbeiter.

Die Organisation des Arbeitsnachweises wird von einer gemischten Kommission geregelt, welcher auch die Aufsicht über den Arbeitsnachweis obliegt. Ihre Geschäftsordnung gibt sich die Kommission selbst.

Die Kommission kann Anordnungen jeder Art an den Arbeitsnachweis erlassen.

Die Kommission besteht aus mindestens je drei und höchstens je sechs Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie der gleichen Zahl von Stellvertretern. Die Arbeitgeber werden von der Vertrauenskommission des Verbandes Berliner Metallindustrieller, die Arbeitnehmer vom Deutschen Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsjahre Berlin, jährlich bestellt, wobei auf die angemessene Vertretung anderer Organisationen Rücksicht genommen wird.

Die Arbeitsvermittlung ist für den Arbeitssuchenden unentgeltlich.

Die Vertragschließenden verpflichten sich, auf alle Firmen, welche Nichtmitglieder einer vertragschließenden oder der Vereinbarung beitretenden Organisation sind, dahin einzuwirken, daß sie die Vermittlung des Arbeitsnachweises bei der Besetzung offener Arbeitsstellen gleichfalls in Anspruch nehmen.

Im Falle einer von den Organisations der Arbeitnehmer anerkannten Arbeitsüberlegung, oder einer vom Verband Berliner Metallindustrieller genehmigten Kappstrategie, ist der Arbeitsnachweis seine Tätigkeit für die betroffenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Weise ein. Er vermittelt also einerseits dem Arbeitgeber keine Arbeitsgelegenheit nach. Die betroffenen Firmen sind für die Dauer dieser Zeit von den Verpflichtungen des § 10 entbunden.

Die Kommission bestimmt, ob und in welchem Falle auswärtige und insbesondere ausländische Arbeitskräfte vom Arbeitsnachweis herangezogen werden dürfen.

Die Vereinbarung kann von den beiden vertragschließenden Parteien halbjährlich zum Jahresabschluss gelündigt werden. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr endet am 31. Dezember 1919.

Neuwahlen der Angestelltenräte.

Auf Grund der vom Volksgesetz des A.- und S.-Rates an den Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung gegebenen Ermächtigung hat diese zur Vertretung der wirtschaftlichen Interessen für alle in den Betrieben Groß-Berlins beschäftigten Angestellten der

Zentrale der Angestelltenräte
Berlin, Reichstag, Zimmer 14, Vollmacht zur Durchführung aller Maßnahmen erteilt.

Hierzu gibt die Zentrale der Angestelltenräte folgendes bekannt:

1. Auf Grund der von der Gewerkschaftskommission für die Durchführung von Wahlen erlassenen Bestimmungen legt die Zentrale der Angestelltenräte in jedem Betriebe eine Wahlkommission ein. Zu diesem Zwecke haben sich die Angestellten jedes Betriebes sofort mit der für sie zuständigen freien gewerkschaftlichen Organisation (s. unten) in Verbindung zu setzen.

2. Nach erfolgter Wahl sind das Wahlprotokoll sowie etwaige Wahlproteste an die Zentrale der Angestelltenräte, Reichstag, Zimmer Nr. 14, einzurichten.

3. Dies gilt auch für die bereits vorgenommenen Wahlen. Zentrale der Angestelltenräte.
Berlin, Reichstag, Zimmer 14.

- 1. Abt. f. d. Handelsgewerbe:
Geschäftsstelle: Zentralverband der Handlungsgehilfen, Berlin G. 25, Mühlstr. 20.
- 2. Abt. f. d. Bankgewerbe:
Geschäftsstelle: Allgemeiner Verband der Deutschen Bankbeamten, Berlin W. 8, Französische Str. 21.
- 3. Abt. f. d. Buchhandel und das Zeitungsgewerbe:
Geschäftsstelle: Allgemeine Vereinigung Deutscher Buchhandlungsgehilfen, Berlin W. 35, Rahmstraße 102/104.
- 4. Abt. f. d. Industrie:
Geschäftsstelle: Bund der industriellen Beamten, Berlin NW. 32, Weisstr. 7.
- 5. Abt. f. d. Theatergewerbe:
a) Schauspieler:
Geschäftsstelle: Gemeinschaft Deutscher Bühnenangehörigen, Berlin SW. 69, Charlottenstr. 66.
b) Orchester:
Geschäftsstelle: Internationale Künstler-Lige, Berlin NW. 7, Reichsstr. 41.
- 6. Abt. f. öffentliche Verwaltungsbetriebe und private Bureaubetriebe:
Geschäftsstelle: Verband der Bureauangestellten Deutschlands, Berlin O. 27, Dietrichstr. 4.
- 7. Abt. f. sonstige Betriebe:
Zentrale der Angestelltenräte, Berlin, Reichstag, Zimmer 14.

Beschlüsse von A.- und S.-Räten.

Der Königsberger Soldatenrat veröffentlicht folgenden Aufruf: Bürger, Soldaten! Es ist uns zu Ohren gekommen, daß unserer bisher so glänzend durchgeführten Bewegung von einer Reihe von unverantwortlichen Menschen entgegengehandelt wird. Es sind dies diejenigen, die bisher fern von uns gehalten worden sind, weil sie das alte Regiment der Wölfe vorerz aufziehen wollten, nur unter anderem Namen, unter anderem Titel Soldaten, Bürger! Ihr wißt, wofür wir Euch aufgerufen haben in diesen Tagen. Nicht die Macht soll herrschen über uns, am allerwenigsten die Macht der politischen Minderheit, sondern das Recht. Dieses Recht herbeizuführen zu helfen, ist Eure Pflicht! Laßt Euch Eure gute Meinung nicht unterdrücken von diesen politischen Maulwürfen, die an den Wurzeln des jungen deutschen Stammes nagen, den wir in das deutsche Land gebracht. Macht sie unschädlich, indem Ihr sie mit Verachtung seht und öffentlich an den Pranger stellt. Es handelt sich in der Hauptsache um Anarchisten, die sogenannten deutschen Volkswissen. Was Volkswissen bedeutet, seht Ihr an Euren armen Brüdern in Rußland. Er bedeutet den Ruin des Staates und jeder menschlichen Gesellschaft. Nicht von den Grenzen unserer Vaterlandes allein droht uns dieser alles niederziehende Volkswissen, er droht uns auch aus unserer eigenen Mitte. Helft uns, diese Verdräuer unserer guten Sache zu entlarven, helft uns, sie unbrauchbar zu machen. Bürger, Soldaten! Es geht um unser eigenes Wohl, weil es um das Wohl des Staates geht.

Im Auftrage des Soldatenrates
Fritz Ludwig

Die Zusammensetzung der Soldatenräte der Marine.

In Ergänzung unserer gestrigen Meldung wird noch mitgeteilt:

Von den obersten Soldatenräten der Marine der Ost- und Nordsee-Station und auf der Niederelbe wird der Hauptauswahlgang der Marine gebildet, der zu militärischen Anordnungen für die Gesamtheit der Marine berechtigt ist, und seinen Sitz in Wilhelmshaven hat.

Er besteht aus zwei Vertretern des obersten Soldatenrates der Ostsee, zwei Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates der Nordsee-Station und einem Vertreter des obersten Matrosenrates der Niederelbe.

In den Bezirken der genannten Räte sind Anordnungen zu bilden und zwar aus 24 Vertretern der Nordsee-Station, 20 Vertretern der Ostsee-Station und fünf Vertretern der Niederelbe. Zu ihnen treten vier Vertreter von Berlin.

Die Wahl dieser Anordnungen erfolgt auf demokratischer Grundlage. Die Anordnungen treten in Berlin zusammen, kontrollieren das Reichsmarineministerium und den Admiralstab, und wählen

hört aus ihrer Mitte fünf Kameraden als den Zentralrat der Marine. Diese fünf müssen geschulte Sozialisten aus der Zeit vor dem Kriege sein.

Alle Anordnungen des Reichsmarineamtes und des Admirals sind außer vom Unterstaatssekretär von einem Mitglied des Zentralrats gegenzuzeichnen.

Alle Anordnungen bilden den 33er-Ausschuß, der die täglich festzusetzenden allgemeinen Anordnungen dem Zentralrat vorlegt und sie an die Obersten Soldaten- und Marineoffiziere weitergibt.

Die Kriegsgefangenen.

Viele Soldatenräte haben in Begeisterung für Gleichheit und Gerechtigkeit, aber in Verkenntung der Folgen, die Kriegsgefangenen befreit, die Wachmannschaften entwaffnet und entlassen. Besonders russische Kriegsgefangene überfluteten seitdem Stadt und Land; ohne Verpflegung neigen sie zu Raub und Mord und bilden eine ungeheure Gefahr für die Sicherheit der Bevölkerung.

Die von den Kriegsgefangenen in ungeordneter Weise in Anspruch genommenen Verkehrsmittel gehen für die Demobilisierung und den außerordentlich eingeschränkten öffentlichen Verkehr verloren.

Alle Eisenbahnbehörden haben bisher Anweisung erhalten, Kriegsgefangene ohne Ausweis oder Bewachung von der Beförderung auszuschließen. Die Bahndienststellen führen die Kriegsgefangenen dem nächstgelegenen Gefangenenlager zu.

Alle Kriegsgefangenen müssen, auch unbeschäftigt, wegen Überfüllung der Lager zunächst auf den Arbeitsstellen verbleiben, ihre Unterhaltungskosten trägt die Geeserdverwaltung. Der Abtransport der Kriegsgefangenen, der nur auf Anordnung des Kriegsministeriums erfolgt ist in Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen im vollen Gange. Bis zum Eintreffen deutscher Arbeitskräfte bleiben die Kriegsgefangenen weiter zur Arbeit verpflichtet.

Auf eine Bewachung der Kriegsgefangenen kann nicht verzichtet werden. Die Wachmannschaften erhalten gemäß Erlass des Kriegsministeriums ab 1. 11. eine tägliche Bezahlung von 4 Mark. Alle A. u. S.-Räte haben daher die unbedingte Pflicht, die Bewachung der Kriegsgefangenen aufrecht zu erhalten. Nur die strenge Durchführung der einheitlich vom Kriegsministerium ergehenden Anordnungen über Abtransport der Kriegsgefangenen bewahrt uns vor Anarchie und Ermordung und die Einhaltung der auferlegten Bedingungen, eine Voraussetzung für den sicheren Bestand der deutschen sozialistischen Volkrepublik. Beauftragter des Volksrates des A. u. S.-Rates zugewiesen dem Kriegsministerium (A. G.)
gez. Schlefinger.

Groß-Berlin.

Unsere „Freiheit“.

Ein schwerer Druck ist von unseren Genossen gekommen. Sie haben ein Blatt. Endlich riefen unsere Freunde aus, als sie die erste Nummer der „Freiheit“ in die Hand bekamen. Zwei Jahre haben die Berliner Genossen ihr Blatt entbehren müssen. Es war eine schwere Zeit, zwei Jahre den Kampf zu führen ohne ein eigenes Organ. Der „Vorwärts“, ehemals Organ der Berliner Arbeiterkraft, wurde uns geraubt, geraubt mit Hilfe der Mächte des Belagerungszustandes. Fast täglich wurden wir angegriffen, unsere Bewegung wurde herabgesetzt, verkleinert, ohne daß wir antworten konnten. Wäre unsere Sache nicht so gut, wäre sie unter der Berliner Arbeiterkraft nicht so stark verankert gewesen, wären wir längst aus dem politischen Leben ausgeschlichen. Aber der Klassenkampfgedanke, den wir mit aller Entschiedenheit vertreten, ist nicht zu ertöten.

Das geschah aber von jener Seite, die sich den „Vorwärts“ aneignete. Deren Politik lief darauf hinaus, den herrschenden Gewalten Konzessionen abzulisten, Scheinkonzessionen heimzubringen, anstatt den fröhlichen Kampf gegen diese Gewalten aufzunehmen. Anstatt das Proletariat auf seine eigene Kraft zu verweisen, ihm Vertrauen in seine Macht zu geben und zu stärken, wollten jene Leute überall dabei sein und unterstützen die Macht-haber und die Ausbeuter. Leicht wurde ihnen das durch die Militärdiktatur, die alles rücksichtslos niedertretet, was ihr im Wege stand.

Diese Zustände konnten wir in den letzten Jahren nur im kleinen Kreise unserer Parteifreunde brandmarken, und auch das nur unter fortgesetzten Verfolgungen. Jetzt können wir wieder offen reden, nachdem gerade durch unsere Tatkraft das freie Wort ermöglicht worden ist. Die junge Freiheit soll in der „Freiheit“ geklärt und gestützt werden. Die Freiheit soll aber eine enghäutige werden. Was das Proletariat braucht, ist die Freiheit nicht nur in politischer Beziehung, sondern auf ökonomischem Gebiete. Wirklich frei wird die Arbeiterklasse erst sein, wenn sie das Joch der wirtschaftlichen Ausbeutung abgeworfen haben wird. Die „Freiheit“ unterzieht sich der Aufgabe, der Arbeiterklasse die volle Freiheit zu erringen. Unsere Parteigenossen müssen aber kräftig für unsere Ideen wirken. Ein Mittel hierzu ist die „Freiheit“. Je stärker die Verbreitung der „Freiheit“ ist, je mehr der Aufklärungsgedanke über Weg und Ziel Wurzel faßt, desto schneller und leichter wird die volle Freiheit dem Proletariat sicher sein.

Kriegsteilnehmer ohne Wohnung.

Zurückkehrende Kriegsteilnehmer stehen bereits vor der traurigen Tatsache, daß sie ohne Wohnung sind. Anderen wieder ist die Wohnung gekündigt worden, die Friste abgelaufen, so daß sie jeden Augenblick damit rechnen müssen, auf die Straße gesetzt zu werden. Besonders schlecht stellen die Verhältnisse in dieser Hinsicht in Charlottenburg da. Und was das Schlimmste ist: Die der Obdachlosigkeit preisgegebenen Kriegsteilnehmer finden an keiner Stelle ersichtlichen Rat darüber, wie sie sich unter den

neuen Verhältnissen zu verhalten haben, wer sie vor dem Verhalten gewisser Hausbesitzer schützt, wo und wie sie sich eine neue Unterkunft verschaffen können.

So wird uns von einem soeben zurückgekehrten Frontsoldaten mitgeteilt, daß er bislang in einem unter Finanzverwaltung stehenden Hause gewohnt habe. Das Haus ist im Sommer an einem neuen Besitzer übergegangen, dieser hat gegen den Mieter die Kündigung ausgesprochen, obwohl die Kündigungsfrist noch nicht abgelaufen ist und ein sonstiger Kündigungsgrund seitens der Mieter nicht vorlag. Das angerufene Mietvertragsamt hat entschieden, daß die Kündigung zurecht bestehe, da bei einem Besitzwechsel der neue Hausbesitzer jederzeit das Recht habe, die Kündigung auszusprechen. Die Berufungsinstanz entschied in der gleichen Weise. Durch Verzögerungen im Feldpostverkehr kam der Mieter nicht rechtzeitig in den Besitz der Entscheidung zweiter Instanz, so daß die Berufungsfrist abließ, ohne daß der Mieter eine weitere Entscheidung anrufen konnte. Er schwebt also jetzt mit seinem Mietverhältnis völlig in der Luft. Aus dem Felde zurückgekehrt, froh, endlich ein Dach über den Kopf zu haben, steht er wieder vor der Möglichkeit, jeden Augenblick auf die Straße gesetzt zu werden. Viele Charlottenburger Krieger sollen vor derselben Tatsache stehen.

Dies muß schnell Wandel geschaffen werden. Es geht nicht an, daß die heimkehrenden Feldausgestandenen, die vier lange Jahre das Schwert erlitten haben, Regen, Schmutz, Tod und Verderben ausgesetzt waren, es geht nicht an, daß diesen Männern jetzt neben den vielen anderen Sorgen um die Zukunft auch noch die Sorge um das Unterkommen ihrer Familien droht. Hier wird die preussische Regierung einschreiten können, noch besser die Reichsregierung. Es muß dafür gesorgt werden, daß heimkehrende Krieger nicht noch aufs Pflaster geworfen werden.

Wo kommen auf einmal die Zwiebeln her? fragen viele. Die sehen, daß auf den Straßen Händler große Mengen Zwiebeln freiliegen. Bisher waren Zwiebeln ein seltener Artikel, so selten, daß der Markt in letzter Zeit einen Verteilungsplan aufstellte, um dem einzelnen Familien kopfweise Zwiebeln zu überweisen. Infolge der Knappheit von Zwiebeln wurden hohe Preise bezahlt, 1 M., 1,20 M. und mehr wurde pro Pfund angelegt. Heute kann man von den Straßenhändlern das Pfund mit 80 Pf. kaufen.

Organisation der Filmarbeiter. Die am Vortage ins Leben gerufene Vereinigung Deutscher Filmarbeiter hat beschlossen, sich korporativ der zu begründenden Gewerkschaft aller künstlerisch im Film tätigen Angestellten anzuschließen. Sie sieht als ihr wichtigstes Ziel die Schaffung gesunder Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt. Um aber den Berliner Bühnenkünstlern in ihrer Lohnbewegung nicht in den Rücken zu fallen, sieht sie vorläufig von der Forderung des Filmverbotes für festangestellte Bühnenkünstler ab. Doch erwartet sie von der Gewerkschaft Deutscher Bühnenangehöriger, daß sie mit aller Kraft dahin wirkt, daß den Bühnenkünstlern so ausreichende Gagen gezahlt werden, daß sie auf das Filmgeschäft als Nebenberuf nicht angewiesen sind. Sie geht von der Erwägung aus, daß es einen sozialen Tiefstand bedeutet, wenn die Entlohnung innerhalb eines Berufes so niedrig bemessen ist, daß ihre Angehörigen Nebenberuf suchen müssen. Bühnen, die ihren Angestellten eine ausreichende Gage nicht bieten können, haben keine Existenzberechtigung. Ist aber eine ausreichende Entlohnung erreicht, so entspricht es weder rechtlichem noch sozialem Empfinden der heute zum Durchbruch gelangten politischen Ideen einer ganzen Berufsgruppe durch eine Nebenberufstätigkeit Konkurrenz zu machen.

Der Angelegenheitsausschuß der Kuergesellschaft schreibt und unter Bezugnahme auf einen Bericht über eine Versammlung der Betriebs-Angestellten-Ausschüsse Groß-Berlin: Die Kuergesellschaft sieht ihre aus dem Jahre zurückkehrenden Friedensangehörigen zunächst — vorbehaltlich der etwaigen weitergehenden allgemeinen Regelung — in den beim Kriegsausbruch gültig gewordenen Stand ihres Vertrages ein und gewährt ihnen dazu die dergestalt bei der Gesellschaft geltenden Feuerungsregeln.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Den Teilnehmern der Kurse zur Mittelstufe, die die Fortsetzung der Kurse bis auf weiteres unterbleiben muß. Die Bibliothek ist jeden Donnerstag von 7-8 1/2 Uhr geöffnet und steht den Mitgliedern der Groß-Berliner Parteiorganisationen unentgeltlich zur Verfügung.

Arbeiter-Samariter-Bund: Kolonne Groß-Berlin. Sämtliche Samariter-Genossen und Genossinnen sind laut Beschluß der Generalversammlung verpflichtet, unausgesprochen: die stattfindenden Versammlungen mit Tische und Armbrüste zu besuchen. Die Gruppenführer werden ersucht, laut ihrer Listen Kontrolle zu üben und die Namen festzustellen, welche Samariter in ihrem Bezirk anwesend waren.

Für deutschsprachige russische und polnische Arbeiter, die in Groß-Berlin wohnen, findet am Sonntag, den 24. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Voderstiege in der Weberstr. 17, eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Dr. Oskar Cohn das Thema behandelt: Welche Stellung haben wir einzunehmen in der momentanen politischen Lage?

In Sorbus fand am 17. November eine von 350 Personen besuchte Versammlung statt. Das Interesse war ein überaus starkes. Nach einem Vortrag über die soziale Republik und nach kurzer Diskussion über lokale Angelegenheiten erfolgte mit einem Hoch auf die sozialistische Republik Schluß der prächtig verlaufenen Versammlung. 100 Aufnahmen bildeten den Grundstock des neuen Wahlvereins.

Die Abhängigen in Schöneberg. Eine schwachbesuchte Versammlung der Abhängigen Schönebergs hörte am 18. November er. einen Vortrag v. Rosenbüch in den Lutherstr. Seine zahllosen Ausführungen wurden mit eifrigem Schweigen aufgenommen. Die Auffassung Rosenbüchs über die russische Revolution ist die bekannte bürgerliche: keine prinzipiellen Ausschlüsse gipfelten in dem zweiten Teil des Erfurter Programms, den ersten Teil berührte er gar nicht. — In der Diskussion wurden die Aufgaben der Arbeiterklasse wirkungsvoll durch unseren Genossen v. Feldien vertreten. Weiter machte Rosenbüch sich Sorgen lassen, daß seine Ausschlüsse in die Zukunft vor zwanzig Jahren am Platze gewesen wären, aber heute überholt seien und jeder Zugkraft entbehrten. — Ein Fazit übernahm die dankbare Aufgabe, der Versammlung die Begriffe „Bolschewismus“ und „Sozialdemokratie“ klarzumachen. Der Theaterritt abermals auf die Einheit der Arbeiterklasse

berum, womit er die Unterordnung der Unabhängigen unter die Regierungsozialisten zu meinen scheint. — War diese Versammlung und ihr Erfolg der Maßstab und Ausdruck der revolutionären Abhängigen-Bewegung in Schöneberg?

Versammlungen des Spartakusbundes

fanden am Donnerstag abend in den Pharusgärten in der Müllerstraße, im Café Bellevue in Lichtenberg und in Reußlin in den Passagiergärten statt. In allen Versammlungen gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Die Versammlung betrachtet es als Lebensinteresse der Arbeiterklasse, die Revolution über die bisherigen kümmerlichen Ergebnisse vorwärts zu treiben und alle gegenrevolutionären Machenschaften, die ihr auf Schritt und Tritt begegnen, rücksichtslos zu bekämpfen. Die politische Aufgabe der gegenwärtigen Revolution ist die Ausrottung der kapitalistischen Klassenherrschaft und die Verwirklichung des sozialen Endziele. Diese Aufgabe ist nur zur Erfüllung, wenn die gesamte politische Macht in den Händen des A. u. S.-Rates liegt. Die Einberufung der Nationalversammlung ist lediglich ein Mittel, von diesem Ziele abzulenken, die Macht der Arbeiterklasse zu schwächen und die Klassenbewußtsein zu verwirren. Nicht durch parlamentarische Geschwätz gegen die Bourgeoisie, sondern allein durch Macht, Kampf gegen die Bourgeoisie kann die Befreiung der Arbeiterklasse errungen werden.

In den Pharusgärten war der Andrang so stark, daß eine zweite Versammlung in der Buchbinderie abgehalten werden mußte. Carl Liebknecht begrüßte mit Temperament und Feuer die Resolution. Er rief den Versammelten zu: Laßt euch nicht einschüchtern durch die Rufe: Einigkeit, Ruhe! Wer ein Klassenbewußter Proletarier sei, der dürfe heute keine Ruhe geben, für den gebe es nur Kampf, rücksichtslosen Kampf gegen den Kapitalismus. Liebknecht schloß mit dem begeisterten aufgenommenen Rufe: Es lebe die internationale Weltrevolution.

Diskussionredner gaben ihrer Erregung gegen Weis Andred und forderten die Versammlung auf, nach dem Polizeipräsidenten zu ziehen und die von Weis eingesetzten Genossen zu befreien. Die obenstehende Resolution wurde einstimmig angenommen, auch eine zweite Resolution, in der die Abfertigung des Stadtkommandanten Weis verlangt wird. Mit Hochrufen auf Carl Liebknecht schloß die Versammlung.

In überfülltem Saale des Café Bellevue in Mummelburg sprach Genosse Led für den Spartakusbund. Seine temperamentvollen Ausführungen fesselten das Maß des Entzückten und die Fülle der Probleme, die noch der Lösung harren, wenn das Ziel nicht bürgerliche, sondern sozialistische Demokratie lauten soll. Wohl ist eine verbrecherische Regierung gestürzt und ihr Repäsentant davongelockt, aber immer haben die Hüter der Klassenherrschaft die ökonomische Macht in den Händen und verhindern die wirkliche Befreiung. Die neue Regierung macht viel zu viel Konzessionen an das, was gewesen sein muß. Die Heiligkeit des Privateigentums, die Wiedereinsetzung und Belassung der Polizeipräsidenten und Landräte an den Druckstellen der Reaktion, die Unantastbarkeit der berückelnden Blutgerichte. Die Revolution aber muß hinausstoßen über sich selbst und die Befreiung des Proletariats vom Joch des Kapitalismus bringen. Wenn jetzt in den Soldatenräten die Meinung herrscht, daß das Erreichte genügt, so wird sich das als ein Aberglaube herausstellen, wenn die Soldaten wieder als Proletarier neben Proletariaten sein werden und wenn die proletarische Rot an sie herantritt. Deshalb ist es unzureichend, daß die Soldatenräte von allen nicht proletarischen Elementen befreit werden, die jetzt drauf und dran sind, die Revolution in eine falsche Bahn zu drängen. Deshalb sind die Arbeiterkräfte von jenen Gewerkschaftsbeamten, Parteisekretären und Führern zu säubern, die das Durchhalten gepredigt haben und die jetzt daran sind, die Revolution an die Kapitalisten zu verraten. Im Schlußwort führte Dr. Led aus, daß der Spartakusbund im Verein mit der U. S. P. D. das Endziel des Sozialismus gemeinsam arbeiten werde, wenn diese sofort einen Parteitag einberufe und sich dann die Leberentzündung über die Taktik ergebe.

In Reußlin sprach vor überfülltem Saal Genossin Lugwanz.

Sie warnte vor der vorläufigen Freude über das Erreichte, der schwere Kampf wäre noch zu schlagen. Kein Vertrauen zur jetzigen Regierung, sondern Mißtrauen. Der größte Fehler sei gewesen, daß man alle Beamten in ihren Ämtern gelassen habe. Dann sprach sie sich besonders gegen die Einberufung der Nationalversammlung aus.

Als ein Genosse den Spartakusbund in Konsequenz vorwarf, weil sie noch in der Partei der Unabhängigen seien und sich nicht mit an der Begründung einer kommunistischen Partei beteiligten, wies die Referentin darauf hin, daß sie nur in der Unabhängigen Partei blieben, um die Mehrheit der Partei zu dem Spartakusbundpunkt zu bekehren, was ihnen bald gelingen würde.

Aus aller Welt.

Dankend angenommen. Aus Budapest wird unterm 21. November berichtet: Josef von Habsburg-Lothringen erschien heute vormittag im Ackerbauministerium, wo er von dem Ackerbauminister Duz und dem Staatssekretär Boehne empfangen wurde. Josef von Habsburg bot seine gesamten Ackerfelder zu Verteilung unter das Volk an. Der Ackerbauminister nahm dieses Angebot dankend zur Kenntnis. Der Herr beugt vor und macht eine schöne Geste.

Gesunkener Dampfer. Der Cunard-Dampfer „Compania“ ist kürzlich bei einem Sturm im Firth of Forth gesunken, wo es als Seeflugzeugmutter Schiff diente.

Auch eine Monarchenzusammenkunft. In der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ wird von einem Einsender der Vorschlag gemacht, sämtliche früheren Monarchen zusammen auf einer Insel zu internieren. Diese Art Monarchenzusammenkunft habe ohne Zweifel viel Gutes für sich. Es wird auf ihr den Vätern siederlich mehr Geil erlauben als aus den früheren Zusammenkünften der Monarchen, bei denen lediglich schöne Worte gewechselt wurden, denen später schlechte Taten folgten.

Deutscher Holzarbeiter-Verein

Verwaltung Berlin

Freitag, den 22. November 1918, abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 13 (Großer Saal):

Ordentliche Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Bericht der Ortsverwaltung vom dritten Quartal 1918.
2. Wahl eines Mitgliedes zum Hauptvorstand.
3. Anträge.

Jeder Delegierte hat sein Mandat persönlich auszuüben; eine Vertretung ist nicht zulässig.
Ohne Mitgliedsbuch und Delegiertenkarte kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Gute Verdienstmöglichkeiten

bietet jedem der Strassenverkauf der „Freiheit“. Ausgabe täglich morgens ab 4 Uhr und nachmittags ab 2 1/2 Uhr. Jeder kann Exemplare abholen, um sie mit einem Gewinn von 4 Pfg. für das Exemplar weiter zu vertreiben.

Wickelmacherin,

2000 h. Wöbe, verlagst. Enst. Reichardtstr. 22 II.

Inserate

finden in der „Freiheit“ weiteste Verbreitung! Bestellungen nimmt entgegen der Verlag der „Freiheit“ Berlin NW. 6. Schifffahrtsdamm 19.

Bestellschein.

Bitte hier ausfüllen, ausfüllen und einreichen an den Verlag der „Freiheit“ Berlin NW. 6. Schifffahrtsdamm 19.

Der Unterschriftende bekennt hiermit vom

ab 1 Exemplar der zweimal wöchentlich erscheinenden Zeitung

„Die Freiheit“

bestellen zu lassen. Preis 1 Mark. Bestellungen sind zu richten an den Verlag der „Freiheit“ Berlin NW. 6. Schifffahrtsdamm 19.

Name: _____ Straße: _____ Nr. _____

(Name deutlich schreiben, Adresse genau ausfüllen.)